

DIPLOMATIE

„Ich übernehme die Verantwortung“

Auf dem Finanzgipfel in London probten die Staats- und Regierungschefs der 20 mächtigsten Nationen die Weltregierung. Doch ein Protokoll der entscheidenden Sitzung zeigt, wie mühsam es ist, gemeinsam global zu handeln. Immerhin: US-Präsident Barack Obama ließ sich hinreißen zu einem Geständnis.

Es fehlt etwas, und der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi will das nicht hinnehmen. Seit vier Stunden sitzt er mit den Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Nationen zusammen, sie haben sich gezanzt, sich veröhnt, sich geeinigt. Sie könnten jetzt nach Hause gehen. Aber da war ein seltsames Schweigen in dieser finalen Phase, das Schweigen eines Mannes. Barack Obama, der amerikanische Präsident, der wichtigste Mann des G-20-Treffens in London, hat kein Wort mehr gesagt.

Berlusconi spricht ihn nun direkt an: „Ich möchte Barack Obama meine Glückwünsche übermitteln“, sagt er. Die Wirtschaftskrise habe ihren Ausgang in den USA genommen. „Jetzt muss er es richten“, sagt er und blickt hinüber zu Obama. „Wir wünschen ihm alles Gute, für die Bürger der USA und die der ganzen Welt.“

Jetzt schauen alle den amerikanischen Präsidenten an. Die 18 Männer und 2 Frauen sitzen in der trostlosen ExCel-Konferenzhalle vor roten Buketts, die wie Blumenkästen auf den Tischen plaziert sind. Die Spitzenpolitiker warten auf ein Schlusswort.

„Es ist schön zu sehen, wie hier gute Arbeit geleistet wurde“, beginnt Obama. „Vor 10, 20, 30 Jahren war es nicht selbstverständlich, dass Länder, die traditionell Feinde waren, zusammen Probleme lösen. Nach der Großen Depression kam eine vergleichbare Gruppe erst 1944 zusammen. Auch 1982, nach der Mexiko-Krise, dauerte es sieben Jahre, bis die Probleme gemeinsam angegangen wurden.“ Er spricht nun eindringlich: „Es ist wichtig, dass wir die Ergebnisse des Gipfels nicht unter Wert verkaufen. Die Presse hätte es gern, dass wir Konflikte haben. Stattdessen haben wir eine große Errungenschaft erreicht. Und es ist wichtig, dass wir Vertrauen ausstrahlen.“

Seine Stimme wird leiser: „Es stimmt, was mein italienischer Freund gesagt hat,

dass die Krise in den USA begonnen hat. Ich übernehme die Verantwortung, auch wenn ich damals noch gar nicht Präsident war.“ Und er macht deutlich, wie wichtig es ihm ist, „dass wir jetzt wirklich vorankommen. Ich danke Ihnen“. Applaus.

Die anderen trauen ihren Ohren nicht. War das wirklich ein Schuldeingeständnis der USA? War das ein Übersetzungsfehler oder zumindest eine Ungenauigkeit? In der deutschen Delegation wird hinterher noch lange über diesen Satz geredet. Merkel ist so beeindruckt, dass sie ihn unmittelbar danach als Erstes Finanzminister Peer Steinbrück erzählt. Der japanische Premier Taro Aso reagiert sofort: Er will sich dem Vorschlag, den nächsten Gipfel nicht in Japan, sondern in den USA abzuhalten, „jetzt, da die USA Verantwortung übernommen haben, nicht mehr verschließen“.

Obamas Bekenntnis könnte ein großer Satz der Weltgeschichte werden. Der amerikanische Präsident übernimmt die Verantwortung für den Beginn einer der schlimmsten Wirtschaftskrisen der letzten hundert Jahre. Er räumt damit ein, dass ein Auswuchs des American Way of Life, die Gier nach den ganz großen Zahlen, die Welt ins Unglück gestürzt hat. Die anderen haben mitgemacht, aber der Ursprung liegt in den USA. Dass Obama dies nun eingräumt hat, ist ein starkes Signal der Hoffnung für die Welt, vielleicht das stärkste, das vom Gipfeltreffen der G20 am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche in London ausgeht. Solche Einsicht könnte der Beginn einer Läuterung sein.

Dazu passen auch die Beschlüsse von London: mehr Kontrolle über die Finanzmärkte, die Ächtung der Steueroasen sowie Kreditzusagen für die ärmeren Staaten. Das rettet die Welt noch nicht. Das Gipfeltreffen wird nichts dazu beitragen, die Banken in aller Welt von ihrer Milliar-

Spitzenpolitiker beim G-20-Gipfel
Signal der Hoffnung für die Welt





KEVIN COOMBS / REUTERS (O.); PHILIPPE WOJAZEK / AFP (U.)

denlast an vergifteten Wertpapieren zu befreien. Er wird keinen Konjunkturaufschwung auslösen, und dass er die weltweiten Finanzmärkte erfolgreich an die Kette legen kann, ist nicht mehr als eine Hoffnung.

Doch die Konferenz hat die Abkehr vom angelsächsisch geprägten Turbokapitalismus mit seinen unregulierten Kreditmärkten, zweistelligen Renditeversprechen und astronomischen Bonuszahlungen für Manager besiegelt. Es könnte der Einstieg in eine maßvollere Wirtschaftsweise sein, unter der Aufsicht gestärkter Staaten.

Noch in den Stunden unmittelbar vor der Konferenz sah es nicht so aus, als würden die Vertreter der Wirtschaftsnationen ein solches Ergebnis zustande bringen. Der Gastgeber Gordon Brown, britischer Premier, hielt nichts von einer festen Kontrolle der Finanzmärkte und wollte die Wirtschaft lieber mit neuen Konjunkturpaketen

chen Sorge“, dass man bei der Konferenz allzu leicht bereit sein könne, die Dinge unter den Tisch zu kehren und „das Übel nicht bei der Wurzel zu packen“.

Dann kam Sarkozy und sagte, er und Merkel sprächen mit einer Stimme. Man gehe hier nicht fort „ohne eine neue Regulierung“. Man könne nur für das Ende des bisherigen Tuns sein oder für dessen Fortführung. Niemand müsse Europa Lektionen darin erteilen, wie man Kompromisse macht, aber ein Kompromiss müsse von allen Regionen der Welt mitgetragen werden, besonders weil die Krise nachweislich nicht in Europa ausgebrochen sei, „nicht wahr?“

Das alles klang trotz der häufigen Verwendung des Wortes „Kompromiss“ ziemlich konfrontativ.

Als sich die Mächtigen der Welt am Donnerstagvormittag im Plenarsaal des ExCel Conference Centre zum Gipfelfina-

Die Welt erwartet von den Staats- und Regierungschefs eine Antwort auf die Frage, wie es nach dem Crash des globalen Kapitalismus weitergehen soll. Aber es gibt noch andere Erwartungen, nationale Erwartungen. Jeder hier am Tisch hat in seiner Heimat einen Ruf zu verlieren. Sie alle haben den Menschen dort im Vorfeld erzählt, was sie hier, an diesem Tisch, durchsetzen wollen. Sie wissen, dass man zu Hause genau hinschaut, wie sie sich schlagen werden.

Es ist kurz vor zwölf. Angela Merkel hat ihr Plädoyer für die Regulierung der Finanzmärkte abgegeben. Ihr rotes Jackett leuchtet zwischen all den dunklen Anzügen wie eine Boje auf der See.

Nun kommt alles darauf an, wie sich die anderen Nationen positionieren, es geht um die Themenhoheit dieses Gipfels. Obama und Brown haben die Regulierung und die Steueroasen immer für zweitrangig erklärt. Merkel und Sarkozy wollen ihnen Priorität einräumen. Auf fifty-fifty hatten Merksels Berater am Vorabend die Chancen für einen Erfolg taxiert.

Deshalb ist bedeutend, was der Chinese nun sagt, Vertreter der Weltmacht von morgen. Er wolle einige Bemerkungen zur Stärkung der Finanzaufsicht machen, hebt Staatschef Hu Jintao an. Es sei „sehr richtig, die finanzielle Regulierung zu stärken“, sagt er. Es müsse eine externe Aufsicht geben, keine Selbstkontrolle. Eine undurchdringliche Barriere solle zwischen herkömmlicher Bankenwelt und Investmentbanken eingezogen werden. „Schattenbanken“ und Hedgefonds gehörten abgeschafft. Und ein Frühwarnsystem fordert er. Das sind deutliche Worte. Die Kanzlerin nickt zufrieden. China steht.

Doch dann folgt ein herber Rückschlag für die Freunde der Regulierung. Der japanische Premier Aso sagt, man solle bitte „nicht zu sehr vorsehen mit Regulatorien und Aufsichtsplänen“. Japan kontert China, das war schon häufig so in der Geschichte. Es steht wieder unentschieden.

Um 12.10 Uhr erteilt Gordon Brown dem „Nicolas“ das Wort. Sarkozy beginnt ausgewählt höflich. „Das Communiqué ist wirklich hervorragend“, sagt der französische Staatspräsident. „Wir haben, und du hast, Gordon, ganz hervorragende Arbeit geleistet. Aber es gibt noch ein Problem, dem wir in die Augen schauen müssen. Gibt es eine Liste von Steueroasen: ja oder nein?“

Der Streit über die Liste wird in den folgenden Stunden zum Symbol dafür, wie ernst es die Mächtigen mit der Schaffung einer Welt mit neuen, fairen Regeln meinen. Er wird zur Chiffre für den Reformwillen.

Es gibt diese Liste bereits. Zumindest liegen der OECD alle Daten vor, um sie von jetzt auf gleich herauszugeben. Aber dagegen gab es bislang politische Widerstände. Auf der Liste würden jene Länder



MATT DUNHAM / AP

Deutsche Regierungsvertreter Merkel, Steinbrück

SIE WISSEN, DASS MAN ZU HAUSE GENAU HINSCHAUT, WIE SIE SICH HIER AN DIESEM TISCH SCHLAGEN WERDEN.

ankurbeln. Obama schien auf seiner Seite zu sein.

Doch in der vergangenen Woche hatte sich in Kontinentaleuropa allmählich eine Achse formiert. Es hat sie früher schon gegeben, dann war sie brüchig geworden. Deutschland und Frankreich schienen sich unter Angela Merkel und Nicolas Sarkozy entzweit zu haben.

Aber in vielen Telefonaten und bei einigen Treffen haben sie eine gemeinsame Position zur Finanzkrise gefunden: Regulierung der Finanzmärkte und keine neuen Konjunkturpakete. Es sah nach einem Kampf zwischen den Kontinentaleuropäern und den Angelsachsen aus.

Kaum waren Merkel und Sarkozy am Mittwoch in England gelandet, gaben sie eine gemeinsame Pressekonferenz. Die Bundeskanzlerin sagte, sie habe „ein biss-

le einfinden, scheint die Situation verfahren. Mitten in der Nacht waren die Vorbereitungen der Sherpas, so heißen die Unterhändler, für das große Abschlusscommuniqué ins Stocken geraten. Irgendwann hatten die Helferlein verzweifelt aufgegeben, zu gewaltig schienen ihnen die Gegensätze zwischen der angelsächsischen und der deutsch-französischen Welt. So finden ihre Chefs keine fertige Vorlage auf ihren Tischen, nur einen Entwurf mit vielen Lücken und Fragezeichen. Bei internationalen Gipfeln ist das der Worst Case, schlimmer kann es nicht kommen.

Nun beginnt das große Ringen. Es geht um Sätze, Halbsätze, um einzelne Wörter, aber diese Wörter werden am Ende entscheiden. Über Wandel oder Weiter-so. Sieg oder Niederlage. Triumph oder Schmach.

benannt, die sich auf Kosten anderer am Schwarzgeld von Steuerflüchtlern bereichern. Nun geht es darum, ob sie mit Billigung der G 20 öffentlich gemacht wird. Als eine moderne Form des Prangers.

Sarkozy braucht diese Liste. Er hat den Franzosen versprochen, dass er sie in London bekommt. Sonst würde er abreisen, hatte er gedroht.

Natürlich kämpft er für mehr, für ein neues Wirtschaftsmodell, für mehr Regulierung und weniger Freiräume. Dazu gehört eine neue, strengere Bankenaufsicht, eine lückenlose Kontrolle aller Finanzprodukte – aber eben auch der Kampf gegen Steuerparadiese.

Brown hat die Liste in seinem Kommuniké-Entwurf nicht erwähnt. „Wir alle wissen, dass es Steueroasen gibt“, belehrt der Franzose den Briten. Und jede einzelne bedrohe das Weltfinanzsystem.

Sarkozy redet sich in Rage. Zwei Drittel aller finanziellen Risiken schlummerten in den Steueroasen, allein auf den Caymans lägen 1,8 Billionen Dollar versteckt. „Das sind die Länder, in denen es Kriminalität gibt und Spekulation.“ Niemand an diesem Tisch rede der Spekulation das Wort. Warum also „sollten wir die Liste nicht heute veröffentlichen? Die Liste gibt es ja, das wäre ein ehrlicher Ansatz“.

Als Nächstes schlagen sich die Niederlande auf die Seite der Regulierer. „Ich bin völlig einverstanden mit dem, was Angela Merkel gesagt hat, und möchte sie unterstützen“, sagt Premierminister Jan Peter Balkenende.

Es folgt dann wieder ein Rückschlag für Merkel und Sarkozy, ein Schlag aus den eigenen Reihen. Es meldet sich Mirek Topolánek zu Wort, der tschechische Premier und amtierende EU-Ratspräsident. Topolánek hält ein Plädoyer gegen die Liste. Viele Länder hätten doch ohnehin angekündigt, „dass sie sich jetzt an die Regeln halten werden“, sagt er. Da brauche man ein solches Instrument gar nicht mehr. Die deutsche Delegation vermutet den Luxemburger Jean-Claude Juncker hinter dieser Intervention. Dessen Land gilt in Fragen der Steuerehrlichkeit zumindest als schmutzig.

Danach macht Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva eine kleine, aber gemeine Anmerkung. Er unterbreitet konkrete Vorschläge, wer genau auf einer Liste der bösen Steuerstaaten stehen müsste: „Ich finde, dass auch Costa Rica, Guatemala, Malaysia, die Philippinen und Uruguay verurteilt werden sollen.“

Es geht jetzt zu wie bei einem Weltgericht. Länder, deren Namen ganz offen ausgesprochen werden, sitzen auf der Anklagebank. Ankläger halten ihre Plädoyers. Verteidiger treten auf. Und Gordon Brown sitzt dieser Weltkammer als Richter vor.

Mit seiner sonoren Stimme versucht er, die Debatte im Zaum zu halten. Um 12.15

Uhr beendet Brown den ersten Teil der Plenarsitzung und bittet zum Mittagessen. Die Staats- und Regierungschefs sitzen an vier zu einem Quadrat zusammengestellten Tischzeilen. Jetzt ist die Runde noch kleiner, intimer als im großen Rund des Plenarsaals, jetzt sind die, auf die es ankommt, bei Leberkäse und Gemüsestrudel unter sich.

Bei Tisch gibt Weltbankpräsident Robert Zoellick auf Anfrage einen Überblick über die Krise. „Wenn ich zu viel rede, dann sagen Sie es mir und stoppen mich“, sagt der Amerikaner, dann beginnt seine dramatische Analyse.

„Zum ersten Mal seit 1945 gibt es eine Schrumpfung der Weltwirtschaft, wir rechnen mit minus 1,5 Prozent. Auch die Kindersterblichkeit wird steigen. Das sind 200 000 Babys, die sterben müssen. Besonders schlimm ist die Situation in den Entwicklungsländern. Es gibt schon heute massive Arbeitsplatzverluste in Botswana,

Niemand antwortet. Merkel wundert sich über eine andere Zahl. „Die vier Prozent“, fragt sie, um die der wirtschaftliche „Output“ steigen solle, „sind das vier Prozent des globalen GDP – oder Wachstum? Das müssten wir dann auch reinschreiben, sonst“, sagt sie, „erzählen wir Stuss“. Spätestens jetzt ist klar, dass unter Weltenlenkern auch nicht vornehmer geredet wird als in der Uckermark. Brown, der den Text des Entwurfs zu verantworten hat, gerät ins Schwimmen: „Es handelt sich um eine Wachstumsprognose“, sagt er. Und was die 19 Millionen angehe, die kämen vom Internationalen Währungsfonds, vom IWF. „Die Zahlen sind nicht von uns berechnet.“

„Dann hätte es aber nicht in eurem Text stehen dürfen“ ruft jemand.

„Wir verlassen uns auch auf andere Organisationen“, verteidigt sich Brown.

Nun meldet der indische Premier Manmohan Singh ebenfalls Bedenken an den



Amtskollegen Obama (M.), Brown (r.)*

ES GEHT UM SÄTZE, HALBSÄTZE, UM EINZELNE WORTE, ABER DIESE WORTE WERDEN AM ENDE ENTSCHEIDEN.

Sri Lanka. Auch das Wachstum in China ist kritisch.“

Man müsse das Unerwartete erwarten, sagt der Weltbankpräsident. „2009 wird ein gefährliches Jahr.“

Derart alarmiert wendet sich die Tafel der Mächtigen wieder dem Kommuniké zu, den Sätzen und Halbsätzen. Der chinesische Präsident Hu befürchtet, dass die G 20 zu viel versprechen könnten. Im Entwurf der Abschlusserklärung heißt es bis dato, dass durch das Konjunkturprogramm von 5 Billionen Dollar 19 Millionen Jobs entstehen.

„Das scheint mir zu optimistisch“, sagt Hu. „Kann es sein, dass diese Zahlen errechnet wurden, indem man einfach Investitionen in Arbeitsplätze umgerechnet hat?“

* Mit US-Finanzminister Timothy Geithner.

19 Millionen neuen Arbeitsplätzen an. „Wenn ich mit dieser Zahl nach Hause komme, werden mich die Leute fragen: Wie viele von diesen Jobs hast du denn in Indien geschaffen? Und dann werden mir die Leute vorhalten, dass die Zahl der Jobs laufend zurückgeht.“

Nun will auch noch der Australier etwas zu den 19 Millionen sagen, dann der Russe, dann der IWF-Chef, und dann versucht der Südkoreaner das Problem mit asiatischer Weisheit zu entschärfen: „Wenn die Wirtschaft so unberechenbar ist, dann ist die Statistik auch nicht mehr so belastbar“, sagt Präsident Lee Myung Bak. Man könne ja sagen: „Laut IWF“ seien es 19 Millionen. „Die Prognosen sind alle nicht richtig, die Wirtschaft ist nicht wie Mathematik. Eins plus eins ist nicht immer zwei, sondern in der Wirtschaft manchmal drei

oder vier. Aber eins plus eins kann auch eins sein.“

Plötzlich ist allen etwas schwindelig. Die Weltgemeinschaft erinnert in dieser Phase an ein herkömmliches Meeting, wie es täglich in Tausenden Firmen abgehalten wird. Auch bei diesen Konferenzen kann man immer neu beobachten, wie zielsicher erwachsene Menschen sich an Kleinigkeiten festbeißen.

Nur mit der Autorität einer Supermacht ließe sich die 19-Millionen-Debatte jetzt beenden. Barack Obama hat vor dem Treffen gesagt, er sei da „to listen, not to lecture“, er will zuhören, nicht belehren. Daran hat er sich die ganze Zeit gehalten. Jetzt aber wird Obama die Diskussion zu bunt: „Ich glaube, wir sollten nicht allzu viel Zeit damit verschwenden. Falls wir die Zahl nennen wollen, sollten wir den Zusatz ‚entsprechend wirtschaftlichen Modellen‘ hinzufügen oder die Quelle nennen.“ Viel-

noch mal einschalten.“ Es geht ihr um die Versuche, den ärmeren Ländern mit dem Verkauf von Goldreserven mehr IWF-Unterstützung zu gewähren.

Präsidentin Kirchner ist verärgert über Änderungen in letzter Sekunde. Die Delegationen „haben vier Monate an der Ausarbeitung gearbeitet, und fünf Minuten vorher bekommen wir einen ganz anderen Text. Auf diese Art und Weise Änderungen vorzunehmen, ohne das zu besprechen, erscheint mir wenig seriös. Ich kann das nur mit Vorbehalt unterzeichnen“.

Brown gibt sich kleinlaut: „Hätte ich gewusst, dass wir den Sinn verändern, hätte ich es bei der alten Formulierung gelassen.“

Das ist der Auftakt zum großen Feilschen. Einer nach dem anderen melden sich die Vertreter der mächtigsten Staaten der Erde, um bei ihren Lieblingsthemen noch etwas für ihr Land herauszuholen.

Brown beruhigt ihn erneut. Der OECD-Generalsekretär werde heute Nachmittag eine Liste veröffentlichen. „Ich habe das vorhin sichergestellt.“

„Aber unser Kommuniqué muss auf diese Liste hinweisen“, entgegnet Sarkozy. Er fuchtelt wild mit den Armen, hält sich kaum noch auf seinem Stuhl. „Die Verbindung muss hergestellt werden. Sonst ist das alles völlig sinnlos.“

Jetzt will Angela Merkel etwas sagen, aber da fällt ihr Kirchner aus Argentinien ins Wort. Sie will noch einmal über ihr Lieblingsproblem, die Goldreserven, reden. „Cristina, ich bitte dich, nicht zu böse zu sein“, mahnt Merkel. „Für die armen Länder ist unsere Formulierung doch ein Erfolg.“

Wieder will Brown vermitteln, wieder misslingt es ihm. Kirchner gibt keine Ruhe. Schließlich versucht der britische Premier es mit einem Machtwort: „Ich bin der Vorsitzende, Cristina.“

Aber auch das beeindruckt Kirchner nicht, sie lässt nicht locker. „Merkel stellt es so dar, als wollte ich den afrikanischen Ländern nicht helfen. Wenn das so angekommen ist, muss ich mich entschuldigen. Aber es geht um die Methodik. Alles ändert sich in letzter Sekunde. So können wir nicht vorgehen. Im Übrigen“, sie schaut hinüber zu Merkel: „Ich bin auf niemanden böse.“

Bevor sich der Disput zwischen den beiden Frauen ausweiten kann, fängt Sarkozy wieder mit seiner Liste an: „Ich werde nicht tolerieren, dass alle unsere Prinzipien von den Steueroasen mit Füßen getreten werden. Sonst kann es keine Einigung hier geben. Ich will nicht unangenehm werden. Aber klar ist: Wir sind an einem historischen Scheideweg. Dies ist die Stunde der Entscheidung: Wir müssen sagen: Wer ist ehrlich, wer ist unehrlich.“

„Nicolas, bedenke doch, worauf wir uns hier geeinigt haben. Die Ära der Bankgeheimnisse ist vorbei“, versucht ihn Brown zu beruhigen. „Ich stelle sicher, dass diese Liste veröffentlicht ist, bevor du deine Pressekonferenz abhältst.“

„Aber was ist denn so schlimm daran, dass wir das in unser Kommuniqué schreiben?“, fragt Sarkozy. „Wenn es Hintergedanken gibt, dann muss man das offen sagen.“

„Es gibt hier ein Missverständnis, glaube ich“, sagt Brown. „Nicht wir, sondern die OECD veröffentlichen die Liste.“

Aber Sarkozy hat sich festgebissen: „Dann eben nur einen ganz kleinen Satz: Die G20 begrüßen, dass die OECD die Liste veröffentlicht.“

„Könnte die Lösung nicht darin bestehen, dass wir in den Anhang schreiben, ‚we welcome that they published a list‘, schlägt Merkel vor. „Dann haben wir es nicht im Hauptdokument, aber wir haben es irgendwo.“

Nun schaltet sich Berlusconi ein: „Ich schließe mich Angela und Nicolas an. Es



Staats- und Regierungschefs Sarkozy, Brown

„WIR HABEN, UND DU HAST, GORDON, GANZ HERVORRAGENDE ARBEIT GELEISTET. ABER ES GIBT NOCH EIN PROBLEM.“

leicht sollte man die USA als Supermacht doch noch nicht abschreiben.

Es ist 14.27 Uhr, als Gordon Brown verkündet: „Die finale Version ist da.“ Er meint die Kommuniqué-Fassung mit den vorerst letzten Änderungen. Die Delegationen ziehen sich noch einmal zu Beratungen zurück. Dann beginnt das Endspiel.

„Mit ein bisschen gutem Willen können wir es sehr schnell machen“, eröffnet Brown die letzte Runde. „Ich bitte Sie, nun fair zu sein und keine größeren Veränderungen mehr vorzunehmen.“

Dann geht er Schritt für Schritt jene Paragraphen der Abschlusserklärung durch, an denen noch einmal Änderungen vorgenommen wurden.

Brown will gerade Paragraph 26 aufrufen, da fällt ihm die Argentinierin Cristina Kirchner ins Wort: „Ich muss mich hier

Als Nächster ist Silvio Berlusconi an der Reihe. Ihn treibt – wie so oft – die Eitelkeit. „Man hat die Möglichkeit verschenkt, in Paragraph 24 den Gipfel auf La Maddalena im Juli zu erwähnen“, klagt der Italiener. Gemeint ist der G-8-Gipfel im Sommer. Gastgeber wird diesmal, Überraschung, Berlusconi sein.

Der andere Eitle am Tisch hat nun lange genug gewartet. Im aktuellen Text steht noch immer kein Hinweis auf seine Liste, für Nicolas Sarkozy ist das ein Affront. „Was ist mit den Steueroasen passiert?“, fragt er gereizt. „Ich werde mich hier nicht einigen können, wenn es keine Liste gibt. Ich kann das nicht unterschreiben. Ich übernehme nicht die politische Verantwortung dafür. Wenn es keine Liste gibt, sind alles nur leere Worte. Das ist ein Desaster.“

sieht nicht gut aus, wenn wir auf diesen Hinweis verzichten. Die Presse in meinem Land wird es schwer beeindruckt, dass wir das getan haben.“

Endlich kann sich Sarkozy zurücklehnen. Mehr Unterstützung braucht er nicht. Er hat es geschafft. Brown schlägt schließlich vor, sich auf die folgende Formulierung zu einigen: „Die G20 nehmen zur Kenntnis, dass die OECD heute eine Liste veröffentlicht hat.“ Es regt sich kein Widerstand mehr.

Ob es ein gutes Werk ist, geeignet, die Finanzwelt wieder in ihre Angeln zu heben, hängt nun von jedem einzelnen der 20 ab. Davon, wie sehr sie sich zu Hause noch den hehren Gipfelbeschlüssen verpflichtet fühlen. Dass das Treffen von London zu einer Zäsur der Weltpolitik wird, ist möglich, ausgemacht ist es noch nicht.

Es lässt sich gewiss als Erfolg betrachten, dass die Staats- und Regierungschefs sich überhaupt auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt haben – nach wochenlangem Prinzipienstreit.

Am Ende haben Deutschland und Frankreich einen Punktsieg errungen. Zum Ärger der Briten sieht das Gipfelkommuniqué keine neuen Konjunkturprogramme vor, sondern lediglich Milliardenkredite für den Internationalen Währungsfonds, von denen die meisten längst beschlossen waren.

Das Geld dafür wird nicht aus dem Bundeshaushalt kommen, sondern aus den Tresoren der Bundesbank. Das freut den deutschen Finanzminister gleich doppelt. Die Bundesrepublik muss nur einen Teil der Gelder beisteuern, mit denen der Währungsfonds nicht zuletzt Aufträge für die deutsche Exportindustrie finanziert.

Während das Versprechen für neue Ausgabenprogramme eher wolkig wirkt, fielen die Erklärungen zur Finanzmarktkontrolle konkreter aus als erwartet. Die Politiker verabschiedeten nicht nur einen umfangreichen Katalog neuer Regeln für Banken, Rating-Agenturen oder Hedgefonds. Sie einigten sich auch darauf, eine neue internationale Aufsichtsbehörde zu schaffen und nicht zuletzt auf Sarkozys Liste. Auf der werden fortan die Namen kooperationsunwilliger Steueroasen öffentlich gemacht.

Das alles ist ein Fortschritt, aber kein endgültiger Sieg über Spekulanten und Steuerflüchtlinge. Bis die Absichtserklärungen von London in nationale Gesetze gegossen sind, werden Jahre vergehen. Es ist zweifelhaft, ob der Geist der Gemeinsamkeit den Moment überdauert.

Und selbst wenn diese Zweifel sich als unberechtigt erweisen sollten, wird die Krise nach London nicht wirklich entschärft sein. Denn zu den größten Gefahren für die Weltwirtschaft hat die Konferenz gar keine Beschlüsse gefasst. Dass die interna-

tionalen Bankbilanzen weiter mit einem Billionenrisiko wertlos gewordener Kreditpapiere belastet sind, trieb die Vertreter der Industriestaaten genauso wenig um wie die stockenden Welthandelsgespräche.

Seit 2001 im katarischen Doha ringt die Weltgemeinschaft um den Abbau von Handelshemmnissen. Es geht um niedrigere Agrarsubventionen in Europa und den Vereinigten Staaten und um den Schutz von Patenten und Markenartikeln in Asien. Könnten sich die Staaten einigen, würde dies den internationalen Handel beleben. Es wäre ein Konjunkturprogramm mitten in der Krise.

Doch die Londoner Konferenz konnte sich auf kein Datum für den Abschluss der sogenannten Doha-Runde verständigen. Die Expertenforderung, der Welthandelsorganisation in Genf mehr Einfluss zuzubilligen, brachte es nicht einmal auf die Tagesordnung.



Gipfelteilnehmer Obama, Berlusconi, Dimitrij Medwedew

ES IST ZWEIFELHAFT, OB DER GEIST DER GEMEINSAMKEIT DEN MOMENT ÜBERDAUERT.

Am bedrohlichsten aber ist, dass die Gipfelteilnehmer zu den wachsenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft geschwiegen haben. Schon vor der Krise hatten sich Verbraucher und Unternehmen in den USA in gigantischem Umfang verschuldet, gleichzeitig wiesen Länder wie Deutschland, China oder Japan beträchtliche Ausfuhrüberschüsse auf. Das Missverhältnis gilt als eine der Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Doch statt die Gegensätze abzubauen, vertiefen die Länder die Gräben noch. Die USA legen billionenschwere Konjunkturprogramme auf, die den Schuldenberg weiter wachsen lassen. Deutschland oder China stützen ihre Exportwirtschaft, um auch künftig Ausfuhrüberschüsse zu erzielen. Finden die Kontrahenten nicht bald eine gemeinsame Strategie, drohen neue Han-

delskriege und Währungsturbulenzen. So lässt der Londoner Gipfel die verunsicherten Bürger in Asien, Amerika und Europa mit gemischten Gefühlen zurück. Zwar haben ihre politischen Repräsentanten einen offenen Krach vermieden, doch die fundamentalen ökonomischen Gegensätze haben sich eher noch vertieft. Wer mitbekommen hat, wie leidenschaftlich die 20 in London selbst über zweit- oder drittrangige Fragen streiten konnten, muss skeptisch sein, dass sich daran so bald etwas ändern wird.

Es wird noch einige Gipfel und sehr viele Einsichten brauchen, ehe die G20 den Titel der Weltregierung für sich beanspruchen dürfen, die allein das große Ganze im Auge hat. Die Welt von London ist eine Welt im Zwischenstadium. Es ist nicht mehr die alte Welt der Nationalstaaten. Aber gänzlich gemeinsam denkt sie auch noch nicht.

Als die Mächtigen am Donnerstagmorgen den Journalisten ihrer Heimatländer zeitgleich das Gipfelergebnis erläutern, haben sie alle noch die mahnenden Worte Barack Obamas im Ohr: die „Ergebnisse des Gipfels nicht unter Wert verkaufen“, der Presse nicht die erwarteten Konflikte liefern, „Vertrauen ausstrahlen“.

Angela Merkel gibt sich alle Mühe. Die Bundeskanzlerin sagt auf ihrer Pressekonferenz, es sei ein „sehr, sehr guter Kompromiss“ erreicht worden, ein „fast historischer Kompromiss“. Sie versucht, Vertrauen auszustrahlen, so wie Obama es verlangt hatte. Aber Angela Merkel weiß vermutlich, dass sie für diese Krise noch sehr, sehr viele historische Kompromisse benötigen werden.

MARC HUIER, WOLFGANG REUTER,
CHRISTOPH SCHWENNICKE